

**Zusammenfassung der Antworten der Parteien zu den Wahlprüfsteinen  
des Verkehrsclub Deutschland (VCD), Landesverband Hessen  
zur Landtagswahl am 8. Oktober 2023 in Hessen**

**1. Frage:** Der VCD hat zusammen mit anderen Verbänden den Entwurf für ein hessisches Verkehrswendegesetz vorgelegt. Wir fordern darin, die Mobilität in Hessen umwelt- und sozialverträglich, klimaneutral, verkehrssicher und durchgängig barrierefrei zu gestalten. Allen Menschen soll eine gerechte Teilhabe an Mobilitätsangeboten und Verkehrsinfrastruktur unabhängig von Wohnort, Alter, Geschlecht, Lebenssituation, Herkunft, persönlichen Mobilitätseinschränkungen oder individueller Verkehrsmittelverfügbarkeit ermöglicht werden. Insbesondere im suburbanen und ländlichen Raum fehlen dafür verlässliche ganztägige Angebote des Öffentlichen Personennahverkehrs und ein sicheres Wegenetz für zu Fuß gehende oder mit dem Rad fahrende Menschen.

Wie wollen Sie Mobilität für alle Menschen gesetzlich und ganz praktisch sicherstellen?

a) für das Land Hessen b) für Ihre Region / Ihren Wahlkreis.

Bitte stellen Sie ggf. Ihre abweichende Position dar und begründen Sie diese.

Partei	Zusammenfassung der Antworten
CDU	Die CDU möchte einen Mobilitätsfrieden und einen Verkehr ohne Ideologie, bei dem kein Verkehrsmittel gegen ein anderes ausgespielt wird. Mobilitätsangebote sollen modern und nachfrageangepasst sein und dazu über Sharing-Angebote miteinander vernetzt werden. Sie setzt auf eine starken ÖPNV, der auf dem Land mit innovativen Konzepten verbunden werden soll. Außerdem erwartet die CDU, dass der Bund die Rahmenbedingungen dafür schafft, dass man einen Hessen-Takt einführen kann.
Bündnis 90/ Die Grünen	Die Grünen möchten den Menschen eine zuverlässige, barrierefreie und günstige Mobilität zur Verfügung stellen. Sie wollen landesweit einen stündlichen Bustakt für jedes Dorf, Reaktivierungen von alten Bahnstrecken, sowie ergänzende On-Demand-Angebote. Im ländlichen Raum sei die Kombination und damit die gute Vernetzung verschiedener Verkehrsmittel zentral.
SPD	Die SPD möchte allen Bürger*innen eine Mobilitätsgarantie geben, sodass bei einem Wunsch innerhalb einer Stunde ein öffentliches Angebot ins nächste Mittelzentrum bereitsteht. Die Mittelzentren sollen in einem 30-Minuten-Takt erreichbar sein. Qualitätskriterien und genaue Vorgaben für den ÖPNV sollen in einem entsprechenden Gesetz festgeschrieben werden. On-Demand-Angebote sollen auf dem Land den ÖPNV unterstützen.
AfD	Die AfD möchte ein Grundrecht zur „freien Wahl des Verkehrsmittel“ in einem Verkehrsgesetz festschreiben, wobei sie eine Verkehrswende für nicht notwendig hält. Sie möchte das Straßennetz weiter ausbauen, genauso wie den ÖPNV. Bei die-

	sem stehe Angebot, Service, Sauberkeit und Sicherheit im Vordergrund, sowie Bürokratieabbau, um das Schienennetz schneller auszubauen. Die Verkehrsverbünde sollen zudem befähigt werden, ihre Investitionen selber zu leisten und nicht abhängig vom Staat zu sein.
FDP	Die FDP möchte individuelle Mobilität nicht einschränken, sondern ermöglichen. Dafür sollen beim Straßenbau die Investitionen mindestens auf die Höhe der Abschreibungen angehoben werden. Im Schienenverkehr soll die Umsetzung von Vorhaben beschleunigt werden, indem die Planungsgesellschaft der Regionaltangente West in eine hessische Schieneninfrastrukturgesellschaft überführt wird. Zudem will die FDP Radwege schneller ausbauen, indem Planung und Bau von Schnellverbindungen vom Land übernommen werden. Auf dem Land sieht sie On-Demand-Verkehre als wichtige Stütze und setzt Hoffnungen auf autonome Fahrzeuge, deren Pilotprojekte sie unterstützen möchte. All das müsse für Kommunen und Verkehrsträger finanzierbar sein.
Die Linke	Die Linke sieht den ÖPNV als zentrales Instrument der Teilhabe an Mobilität. Dieser müsse flächendeckend und barrierefrei ausgebaut werden. Sie fordert ein Landes-Mobilitätsgesetz, welches verbindliche Qualitätsstandards festlegt: Jeder Ort soll, mit einer alltagstauglichen Taktung, zwischen 5 und 23 Uhr an den ÖPNV angebunden sein. Fahrpreise sollen niemand ausschließen, idealerweise könne ein Nulltarif eingeführt werden. Für eine Reise ins nächste Ober- oder Mittelzentrum müsse es Maximalreisezeiten geben, sowie Maximalwartezeiten und -anzahl bei Umstiegen. Die Radinfrastruktur müsse möglichst flächendeckend für alle sicher nutzbar sein.
Freie Wähler	Die Freien Wähler möchten, dass Sachverhalte von übergeordneten Interesse im Landtag besprochen werden.
Tierschutzpartei	Die Tierschutzpartei möchte den Verkehr sozial- und umweltverträglich umbauen. Der ÖPNV soll mittelfristig kostenlos werden, durch Subventionen und Umverteilung von Steuermitteln. Der Verkehr soll zwar auf einer höheren Ebene geplant werden, jedoch in Zusammenarbeit mit den Kommunen und Regionen.
Die PARTEI	Eine Kandidatin von Die PARTEI befürwortet den Gesetzesentwurf und will ein günstigeres Deutschland-Ticket. Andere schlagen eine Rikscha-Pflicht vor, sowie ein Pflichtfaulheit.
ÖDP	Die ÖDP unterstützt die Forderungen des VCD. Sie möchte die Fuß- und Radinfrastruktur ausbauen und den ÖPNV barrierefrei gestalten. Sie spricht sich für die Reaktivierung alter Bahnstrecken aus. On-Demand-Angebote könnten zudem bestehende Lücken schließen. Alle Angebote sollten zentral buchbar sein und dies zu günstigen Konditionen.
DKP	Die DKP fordert, dass Hessen sich auf Bundesebene und in den Verkehrsunternehmen stärker einbringt. Außerdem möchten sie den ÖPNV zum Nulltarif anbieten.
Klimaliste	Die Klimaliste unterstützt die Initiative und möchte eine entsprechende Gesetzesinitiative, inklusive Novellierung des hessischen Straßengesetzes, starten.

Volt	Volt unterstützt die Gesetzesinitiative und fordert deren sofortige Umsetzung. Verkehrspolitisch orientiert sie sich an Amsterdam. Eine Mobilitätswende müsse ein ganzheitliches Konzept sein, dass Verkehr mit den Themen Arbeit, Stadt- und Regionalplanung und Ressourceneinsatz verbindet. Im Schienenverkehr müsse das gesamte europäische Netz betrachtet werden. Der motorisierte Individualverkehr müsse reduziert und der ÖPNV attraktiver werden. Auf dem Land unterstützt Volt den Ausbau des ÖPNV, unterstützt durch Sharing-Angebote. Radschnellwege sollen ausgebaut und Park&Ride, Bike&Ride und Rail&Ride Optionen gefördert werden.
------	--

**2. Frage:** Um den Klimawandel zu begrenzen und zum Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen beizutragen, ist es notwendig, Verkehr zu vermeiden und Mobilität weitestgehend auf umweltfreundliche Verkehrsträger zu verlagern.

Teilen Sie dieses Ziel? Wenn ja, was wollen Sie im Landesparlament oder in der Landesregierung konkret dafür tun? a) für das Land Hessen b) für Ihre Region / Ihren Wahlkreis.

Bitte stellen Sie ggf. Ihre abweichende Position dar und begründen Sie diese.

Partei	Zusammenfassung der Antworten
CDU	Die CDU steht hinter dem Ziel der Klimaneutralität und Reduzierung von Emissionen, setzt dabei jedoch auf Anreize und Technologieoffenheit. Sie ist der Ansicht, dass es technische Lösungen für den Klimaschutz braucht, sowie gute Angebote, damit eine Umstellung auf alternative Antriebe gelingt.
Bündnis 90/ Die Grünen	Die Grünen wollen im Personenverkehr den Umweltverbund stärken, das Angebot ausbauen und verbessern. Dazu sei eine Anpassung der Finanzierung nötig. Wichtig sei dabei auch eine bessere Kommunikation mit den Menschen zu umweltfreundlicher Mobilität. Im Güterverkehr wollen sie die Verkehre auf umweltfreundliche Verkehrsmittel (z.B. Schiene) verlagern. Unvermeidbare Straßenverkehre sollen klimaneutral und energieeffizient werden.
SPD	Die SPD möchte die Finanzmittel für den ÖPNV erhöhen und ihn so ausbauen. Sie sieht integrierte Verkehrskonzepte als Schlüssel zur Verkehrswende. Jobtickets und eine Arbeitsplatzabgabe sollen auf Bundesebene eingebracht und eine hessenweite App, zur Verknüpfung aller Verkehrsmittel, eingeführt werden. Radwege sollen ausgebaut, sowie Bus und Bahn auf dem Land gefördert werden. Durch ein 5-Jahres-Landesprogramm soll an jeder Landesstraße ein separater Radweg gebaut werden, sowie in jedem Landkreis mindestens ein Pilot-Radschnellweg.
AfD	Die AfD bezweifelt den menschengemachten Klimawandel, weswegen sie das Ziel nicht teilt und klimapolitische Maßnahmen abschaffen möchte.
FDP	Die FDP strebt, zur Erreichung der Klimaneutralität, einen möglichst wirtschaftlichen und effizienten Weg an. Das Land Hessen solle mehr Geld zur Verfügung stellen, sodass die Verkehrsverbünde mehr investieren können. Beim Güterverkehr

	sieht die FDP eine große Bedeutung von alternativen Antrieben. Sie möchte alle Möglichkeiten nutzen, Emissionen zu reduzieren.
Die Linke	Die Linke möchte allen Bürger*innen eine Mobilitätsgarantie geben, vor allem denen auf dem Land. Zwischen Zentren soll es zudem vermehrt Schnellbuslinien geben. Zur Förderung des Fuß- und Radverkehrs möchte die Linke Maßnahmen wie breitere Fußwege, kürzere Ampelwartezeiten oder ein Verbot von Gehwegparken durchsetzen. Dafür würden Autos Privilegien abgeben müssen. Den zukünftigen Neu- oder Ausbau von Straßen lehnt sie ab.
Freie Wähler	Die Freien Wähler wollen den ÖPNV ausbauen und unterstützen eine technologieoffene Verkehrswende. Für Stadt und Land brauche es differenzierte Lösungen, um die Lebensverhältnisse anzugleichen. Sie wollen sich zudem für mehr Bürgerbeteiligung und -mitbestimmung einsetzen.
Tierschutzpartei	Die Tierschutzpartei möchte eine Verlagerung auf umweltfreundliche Verkehrsträger. Erreichen möchte sie dies durch eine Attraktivitätssteigerung und bessere Vernetzung der Alternativen. Durch kurze Wege zwischen Erzeuger*innen und Konsument*innen, könne Verkehr zudem vermieden werden. Der Fernverkehr soll ebenfalls auf die Schiene verlegt werden, egal ob bei Personen oder Gütern.
Die PARTEI	Eine Kandidatin von Die PARTEI unterstützt das Ziel und will umweltfreundliche Verkehrsträger fördern, sowie die Aufenthaltsqualität steigern. Andere wollen fliegende Betten, Raser*innenschutz und eine Mindestgeschwindigkeit von 120km/h innerorts.
ÖDP	Die ÖDP teilt das Ziel und fordert, dass wenn Klimaschutzpotenziale nicht genutzt werden, dies durch umweltentlastende Maßnahmen gerechtfertigt werden müsse. Besonders wichtig ist ihr Verkehrsvermeidung. Erreichbar wäre dies durch eine Dezentralisierung tägliche Ziele, sodass die Wege kürzer werden (15-Minuten-Stadt).
DKP	Die DKP möchte den ÖPNV auf den Land ausbauen und in der Stadt enger takten. Sie lehnt beispielsweise einen Ausbau von Autobahnen oder die Subventionierung des Flugverkehrs ab und fordert, dass Lkw für Übernachtungen und Pausen auf Betriebshöfen stehen dürfen. Dies alles will sie durch die Aufklärung und Einbeziehen der Bevölkerung erreichen.
Klimaliste	Der motorisierte Individualverkehr soll um 50% bis 2030/2035 reduziert und ein hessenweites Taktsystem für Bus und Bahn geplant werden. Die Klimaliste möchte in Mittel- und Nordhessen ein Stadt- und Regionalbahnsystem einrichten und dafür einen Mittelhessentakt einführen, sowie Nebenstrecken reaktivieren. Ein flächendeckendes Radschnellwegenetz wird angestrebt, dass auch Bahnhaltepunkte anbindet. Kommunen sollen benötigte Finanzmittel bekommen, um den ÖPNV barrierefrei bereitstellen zu können. Außerdem soll durch eine Sicherung der Nahversorgung Verkehr vermieden werden.
Volt	Volt möchte die Attraktivität des SPNV verbessern (z.B. einheitliche Tarifsysteme), um den Verkehr, auf die Schiene zu verlagern. Dort sollen die Strecken elektrifiziert werden und wenn das nicht möglich ist, andere klimaneutrale Antriebe einge-

	setzt werden. Sie befürwortet zudem Höchstgeschwindigkeiten Inner- und Außerorts. Auf Bundes- oder Europaebene fordert sie im Verkehrssektor außerdem weitere Maßnahmen, um den Klimawandel zu bekämpfen.
--	---

**3. Frage:** Der VCD setzt sich dafür ein, den „Umweltverbund“ aus Bahn, ÖPNV, Rad- und Fußverkehr zu priorisieren, Straßenneu- oder -ausbauten zu vermeiden, und Investitionsmittel stattdessen für Erhalt, Sanierung und Modernisierung der Straßeninfrastruktur zu verwenden.

Wie stehen Sie zu diesem Ziel und was wollen Sie ggf. im Landesparlament oder in der Landesregierung konkret hierfür tun? a) in Hessen b) für Ihre Region / Ihren Wahlkreis.

Bitte geben Sie auch hier an, wie Sie als Landespolitikerin oder Landespolitiker auf die Planungen des Bundes Einfluss nehmen wollen.

Partei	Zusammenfassung der Antworten
CDU	Die CDU lehnt eine einseitige Priorisierung des Umweltverbundes ab, da sie eine Gleichberechtigung aller Verkehrsmittel fordert. Zudem möchte sie, dass die Finanzmittel für Straßen mindestens den Abschreibungen entsprechen und wenn notwendig, auch neue Straßen gebaut werden.
Bündnis 90/ Die Grünen	Die Grünen wollen sich für den Erhalt von Straßen, statt für Neubau einsetzen. Besonders Brücken müssten saniert werden. Das Straßennetz sei weitestgehend fertig gebaut, sodass Neubauten vor allem Fahrrad- und Fußgängerwege seien sollen.
SPD	Die SPD möchte den Umweltverbund, durch den Ausbau, bis 2030 um 50% steigern. Neue Autobahnprojekte lehnt sie ab, fordert aber den Abschluss aller bereits begonnenen Projekte, wobei Anwohnenden- und Lärmschutz verbessert werden soll. Die Investitionen bei Sanierung und Erneuerung von Straßen sollen auf die Höhe der Abschreibungen gesteigert werden. Um den Antriebswandel zu unterstützen, will sie die Förderung der Infrastruktur stärken, vor allem an Umsteigepunkten zum ÖPNV.
AfD	Die AfD lehnt dieses Ziel ab, da sie darin eine Bevormundung der Bürger*innen sieht. Sie spricht sich gegen Maßnahmen, wie beispielsweise autofreie Innenstädte oder Umwidmung von Auto- zu Fahrradspuren, aus und möchte, dass jede*r Bürger*in sich ein Auto leisten kann.
FDP	Die FDP möchte die verschiedenen Verkehrsträger nicht gegeneinander ausspielen. Sie sieht zudem die Notwendigkeit, mehr Geld in die Straßeninfrastruktur zu investieren und dies nicht nur in die Sanierung, sondern, wo es notwendig ist, auch in den Neubau.
Die Linke	Finanzmittel, die bisher für den Aus- oder Neubau von Straßen vorgesehen sind, sollen in deren Erhalt und in den Ausbau des Umweltverbunds gesteckt werden. Die Linke möchte perspektivisch einen Nulltarif im ÖPNV, sowie eine andere Finanzierung dessen. Möglichkeiten sieht sie in einer Arbeitgeberabgabe wie in Frankreich, einer Abgabe von Gewerbetreibenden und der Steuerfinanzierung für Aufgaben der Daseinsfürsorge.

Freie Wähler	Die Freien Wähler befürworten einen Vorrang von Erhalt vor Neubau, wobei aber Lückenschlüsse, neben Radwegen, auch bei Straßen benötigt würden. Sie wollen alle Verkehrsmittel gleich behandeln.
Tierschutzpartei	Die Tierschutzpartei fordert eine Umverteilung der Steuergelder in den Umweltverbund und eine Priorisierung dessen durch den Bund. Neue Wege sollen nur noch gebaut werden, wenn ein hoher Bedarf nachgewiesen werden kann. Fuß- und Radwege sollen ausgebaut werden, genauso wie die bereits existierenden Bahnstrecken. Die Stadt-Land-Verbindung müsse attraktiver, barrierefrei und günstig werden. Beim Flugverkehr möchte sie ein Einfrieren auf aktuellen Niveau und langfristig eine Reduzierung.
Die PARTEI	Eine Kandidatin von Die PARTEI teilt das Ziel und unterstützt Tempolimits. Sie möchte Kommunen mehr Freiräume bei der Festlegung von Höchstgeschwindigkeiten geben und würde im Landtag auch versuchen, dies gerichtlich durchzusetzen. Andere Kandidaten schlagen ein 1-Cent-Ticket pro Jahr für alle Verkehrsträger, die Verstaatlichung von Privatjets und mehr Investitionen in fliegende Betten, vor.
ÖDP	Die ÖDP fordert, dass bei Abwägungsentscheidungen in der Verkehrsplanung die Verkehrsart Vorrang haben sollte, die ökologischer ist. Sie möchte zudem die Ladeinfrastruktur ausbauen, während ein Ausbau von Straßen streng geprüft werden müsse. Ein Neubau von Autobahnen und Fernstraßen lehnt sie ab. Außerdem unterstützt sie ein Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen, 80 km/h außerorts und mit begründeten Ausnahmen, 30 km/h innerorts.
DKP	Die DKP unterstützt das Ziel und würde im Landtag mit Umwelt- und Sozialverbänden an Konzepten arbeiten, die dann den Bürger*innen präsentiert und beworben werden.
Klimaliste	Die Klimaliste will für jedes Bauvorhaben Klimaverträglichkeitsprüfungen einführen, sowie keine weiteren Fern- oder Landesstraßen bauen. Bei Straßen soll der Erhalt im Vordergrund stehen. Die dadurch freien Gelder sollen in den Umweltverbund fließen. Die Mittel für Nahmobilität und Radverkehr sollen jeweils verdreifacht werden.
Volt	Volt will den Umweltverbund priorisieren, dabei dem Individualverkehr seine wahren Kosten aufzeigen und den ÖPNV attraktiver gestalten. Durch neue Mobilitätslösungen und Sharing sollen Privatwagen möglichst überflüssig werden, sodass es weniger Autos gibt. Die Vernetzung der verschiedenen Verkehrsmittel ist für Volt dabei zentral, sodass ein Wechsel möglichst einfach ist. Um das Radfahren attraktiver zu machen, soll die Infrastruktur ausgebaut und die Autoinfrastruktur dafür zurückgebaut werden.

**4. Frage:** Unabhängig vom Ziel der Verkehrsvermeidung und Verkehrsverlagerung ist es in der Bevölkerung und in den Parteien weitgehend unstrittig, dass die Bahn leistungsfähiger werden muss und dafür schnellstmöglich die planerischen Voraussetzungen geschaffen werden sollen. Das betrifft landespolitisch den Regionalverkehr, aber auch die Verknüpfung mit dem Fernverkehr und erfordert eine bessere Infrastruktur, auch für den Schienengüterverkehr.

Was wollen Sie im Landesparlament oder in der Landesregierung genau dafür tun?

a) für das Land Hessen b) für Ihre Region / Ihren Wahlkreis.

Bitte geben Sie hierbei auch an, wie Sie als Landespolitikerin oder Landespolitiker auf die Planungen des Bundes Einfluss nehmen wollen.

Partei	Zusammenfassung der Antworten
CDU	Um den Schienenverkehr zu stärken, soll das Netz weiter ausgebaut, elektrifiziert und mehr Wasserstoffzüge eingesetzt, sowie Bahnhöfe saniert werden. Die CDU befürwortet die Regionaltangente Ost, sowie eine bessere Verbindung zwischen Mittel- und Osthessen (z.B. Ausbau der Vogelsbergbahn). Wo es sinnvoll ist, sollen ehemalige Bahnstrecken reaktiviert werden. Das Planungs- und Genehmigungsrecht soll überarbeitet werden und für alle Verkehrs-, Bau- und Infrastrukturprojekte gelten. Außerdem sollen S-Bahnen und Busse am Wochenende auch nachts fahren. Die CDU strebt mindestens eine 30-Minuten-Takt im ÖPNV an.
Bündnis 90/ Die Grünen	Die Grünen sehen besonders in ländlichen Gegenden ein großes Potenzial bei der Reaktivierung alter Bahnstrecken. Daher möchten sie mit alle Kommunen sprechen, in denen diese Strecken vorhanden sind. Ein Großteil der Verantwortung für das Schienennetz läge jedoch beim Bund.
SPD	Die SPD fordert einen Sonder-Etat zur Schienen-Rad-Verknüpfung, zusammen mit der Reaktivierung alter Bahnstrecken. Das Land solle bei jeder Reaktivierung versprechen, den Betrieb der Strecke für die nächsten 25 Jahre finanziell zu sichern.
AfD	Die AfD möchte, dass die Deutsche Bahn und die Verkehrsverbünde eigenverantwortlicher Handeln können. Deswegen sollen Experten die Führungen der Unternehmen übernehmen und diese mit den eigenen finanziellen Mitteln die notwendigen Investitionen tätigen. Der Deutschlandtakt soll zudem realisiert werden.
FDP	Die FDP möchte die Bahn beim Ausbau von Strecken unterstützen und diesen beschleunigt voranbringen (Einrichtung einer hessischen Schieneninfrastrukturgesellschaft). Bei der Planung sollen die Verkürzung der Reisezeit im ganzen System, sowie Anschlussfähigkeit und Konnektivität im Vordergrund stehen.
Die Linke	Die Linke befürwortet Reaktivierungen alter Bahnstrecken, sowie, wo sinnvoll und möglich, Neubaustrecken. Die Planung dazu solle das Land zentral übernehmen. In der Landes- und Regionalplanung sollen zukünftig vermehrt Flächen für Trassen freigehalten werden.
Freie Wähler	Die Freien Wähler wollen, neben der Reaktivierung alter Bahnstrecken, dass keine Stadt mit mehr als 10.000 Einwohner ohne Bahnhof bleibt. In Mittel- und Nordhessen müssten der Aus- und Neubau von Strecken geplant, sowie ein Hessentakt eingeführt werden, sodass zwischen dem Norden und Süden alle 20 Minuten auf den

	Hauptstrecken Züge fahren. Der ÖPNV solle mehr Finanzmittel erhalten und abends kostenlos sein.
Tierschutzpartei	Die Tierschutzpartei möchte mehr Investitionen in die Schiene und so deren Infrastruktur verbessern. Die Menschen sollen dabei immer mitgenommen werden. Es müsse die Möglichkeit bestehen, dass jede Person ungehindert am Verkehr teilnehmen könne. Eine Landesmeldestelle soll eingerichtet werden, um Abweichungen davon, melden zu können.
Die PARTEI	Eine Kandidatin von Die PARTEI möchte alte Bahnstrecken reaktivieren, sowie die Schieneninfrastruktur technisch verbessern. Andere setzen bei der Schiene auf Draisinen oder wollen per Gesetz Politiker der CDU/CSU, Die Grünen und FDP aus dem Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz heraushalten.
ÖDP	Die ÖDP fordert, die Deutsche Bahn, in eine gemeinwohlorientierte, bundeseigene Gesellschaft umzuwandeln. Die Förderungen in die Schieneninfrastruktur möchte sie erhöhen und alte Bahnstrecken reaktivieren. Schnellere Planungsverfahren sieht sie kritisch, wenn diese zulasten der Beteiligung von Bevölkerung und Umweltverbänden geht.
DKP	Die DKP fordert mehr Investitionen in die Schiene und ist der Überzeugung, dass der Markt dies nicht besser regeln könne, als der Staat.
Klimaliste	Die Klimaliste sieht die Notwendigkeit für den Aus- und Neubau von Bahnstrecken. Dabei solle der Güterverkehr berücksichtigt und alle wichtigen Verkehrserzeuger angebunden werden.
Volt	Volt will den Umweltverbund priorisieren, dabei dem Individualverkehr seine wahren Kosten aufzeigen und den ÖPNV attraktiver gestalten. Durch neue Mobilitätslösungen und Sharing sollen Privatwagen möglichst überflüssig werden, sodass es weniger Autos gibt. Die Vernetzung der verschiedenen Verkehrsmittel ist für Volt dabei zentral, sodass ein Wechsel möglichst einfach ist. Um das Radfahren attraktiver zu machen, soll die Infrastruktur ausgebaut und die Autoinfrastruktur dafür zurückgebaut werden.